Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer viertheiligen Petitzeile 1¼ Sgr.

Breslauer Zeitung

№ 360. Montag den 29. Dezember 1851.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 26. Dezbr. (Tel. Dep. d. Pr. Ztg.) **Nach der „Patrie" kommen bis heute 6 Uhr auf 82 Departements, wovon 45 vollständig, 6,497,000 Ja, 789,000 Nein. In Ober- und Niederalpen und in einem Theile des Herault-Departements sind die Wahlen auf Sonntag den 28. d. vertagt. Der Präsident hat bis heute 464 Zustimmungs-Adressen empfangen. Das Tedeum für das Votum vom 20. findet am 1. Januar statt.**

Livorno, 23. Dezbr. Das Kriegsgericht hat 47 einer geheimen Gesellschaft angehörige Individuen theils zum Tode, theils zu Kerkerstrafen verurtheilt. Die Todesstrafen hat die Gnade des FM. v. Radetzky sämmtlich in Kerkerhaft verwandelt.

Corfu, 22. Dezbr. Heute ist das jonische Parlament plötzlich aufgelöst worden.

Preußen.

Berlin, 27. Dez. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: den Appellationsgerichtsrath von Druffel zu Köln zum Landgerichts-Präsidenten in Aachen zu ernennen; dem Bürgermeister der Stadt Breslau, Ober-Regierungsrath Elwanger, den Titel „Ober-Bürgermeister" zu verleihen; den bei dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten angestellten Regierungs-Assessoren Theremin und St. Pierre den Charakter als Legationsrath und dem bei diesem Ministerium angestellten geheimen Sekretär Leiß den Charakter als Kanzleirath beizulegen; so wie den bisherigen Landraths-Amtsverweser Karl Friedrich von Holzbrinck zum Landrathe zu ernennen. — Dem Landrathe von Knebel-Döberitz ist das Landraths-Amt des Kreises Neumarkt im Regierungs-Bezirk Breslau übertragen worden.

Angekommen: Se. Durchlaucht der General-Lieutenant und Kommandeur der 6ten Division, Fürst Wilhelm Radziwill, von Brandenburg. Der Generalmajor und Kommandeur der 10ten Infanterie-Brigade, von Fuchs, von Posen. — Abgereist: Der Unter-Staats-Sekretär im Ministerium des Innern, Freiherr v. Manteuffel, nach Golßen. Der Erbschenk im Herzogthum Magdeburg, Kammerherr Graf vom Hagen, nach Möckern.

Se. königliche Hoheit der Prinz Friedrich Wilhelm Nikolaus Albrecht ist nach Meiningen abgereist.

[Militär-Wochenblatt.] Ilgner, Major im Kriegsministerium, einstweilen die Geschäftsführung bei der Bekleidungs-Abtheil. übertragen. v. Stosch, Major vom Garde-Artill. Regt., und Hein, Major à la suite des 4. Artill. Regts., Direktor der Pulverfabrik bei Spandau, zu Mitgliedern der Prüfungs-Kommiss. für Artill.-Pr.-Lts. ernannt. v. Lilienhoff-Zwowitzki, Sec. Lt. vom 8., zum 5. Artill. Regt. versetzt. Herring, Kirsch, Fassong, v. Ballusek, v. d. Goltz, außeretatsm. Sec. Lts. mit Inf.-Gehalt vom 6. Artill.-Regt., sämmtlich zu Artill.-Offizieren ernannt. v. Falkenhayn, Kindler, Rechenberg, Heinrich, Müller, P. Fähnrs. vom 6. Artill. Regt., sämmtlich zu außeretatsm. Sec. Lts. mit Inf.-Gehalt befördert. v. Herrmann, Hauptm. vom 36. Inf. Regt., zum Major, v. Leutsch, Pr. Lt. vom 38. Inf.-Regt., zum Hauptm. u. Komp. Chef, v. Hüllesheim I., Sec. Lt. von demselben Regt., zum Pr. Lt. befördert. v. Ferentheil u. Gruppenberg, Sec. Lt. vom 10. Inf. Regt., unter Belassung in seinem Verhältniß als dienstl. Adjutant der 12. Inf. Brig., als Pr. Lt. ins 40. Inf. Regt., v. Münchow, P. Fähnr. von dems. Regt., zum 19. Inf. Regt. versetzt. v. Stahr, Pr. Lt. vom 22. Inf. Regt., von dem Komdo. als dienstl. Adjut. der 9. Inf. Brig. entbunden u. tritt derselbe zu seinem Regt. zurück. Thielmann, Pr. Lt. vom 18. Inf. Regt., zur Dienstl. als Adjut. bei der 9. Inf. Brig. kommandirt. Zahn, Feldw. u. Rechnungsführer vom 18. Inf. Regt., der Char. als Sec. Lt. beigelegt. Schultze, P. Fähnr. vom 6. Inf. Regt., zum überz. Sec. Lt. befördert. Hoffmann, Pr. Lt. vom 23. Inf. Regt., auf 6 Monat zur Dienstl. bei der Abtheilung des Kriegs-Ministeriums für das Inval.-Wesen kommandirt. v. Dannenberg, Pr. Lt. vom 4. Jäger-Bat., von dem Verhältniß als Mitgl. der Gewehr-Revis. Kommiss. zu Suhl entbunden u. tritt derselbe zum 1. Jan. k. J. zu seinem Truppentheil zurück. Gr. v. Pückler, P. Fähnr. v. Garde-Res. Inf. Regt., zum 23. Inf. Regt. versetzt.

†† **Berlin,** 27. Dezbr. [Zur Handelspolitik. — Die Verfassungs-Revision. — Vermischtes.] Man fängt hier bereits an, in dem bisherigen Entschlusse wegen Nichtbeschickung der wiener Zollkonferenz zu schwanken, vornehmlich wohl weil man das Unvortheilhafte der isolirten Position, in welche man bei dieser Gelegenheit geräth, hindurch fühlt. Man ist nehmlich zu dem Entschlusse gekommen, einen offiziellen Berichterstatter nach Wien zu schicken. und unterhandelt im Augenblicke mit dem österreichischen Cabinet wegen Zulassung desselben zu den Conferenz-Sitzungen selber. Uns will aber bedünken, daß ein solcher offiziell als Berichterstatter einer Regierung auftretender und als solcher beglaubigter Abgesandter genau dasselbe sei wie ein Bevollmächtigter, der nur die Instruktion erhält, die gemachten Vorlagen ad referendum zu nehmen; und daß Bevollmächtigte mit solchen Instruktionen nach Wien von mehreren Seiten gehen werden, wissen wir ja bereits zur Genüge aus den Zeitungen. Man sieht also, daß man hier bereits nach einem Auswege sucht, sich an den Berathungen in Wien zu betheiligen, ohne offen und geradezu nachzugeben. Wir glauben aber, daß diese Form der Betheiligung auch vollständig der österreichischen Regierung genügen wird, da derselbrn im Augenblicke gar nicht darum zu thun ist, in Wien definitive Beschlüsse fassen zu lassen. Die Intentionen des wiener Cabinets gehen lediglich dahin, die Behandlung und Entscheidung der deutschen Zoll- und Handelsverhältnisse zur Bundessache zu machen, und alle jetzt geschehenden Schritte bereiten nur dies Ziel vor, und gehen darauf hinaus, die Abgeschlossenheit des Zollvereins zu brechen. Fürst Schwarzenberg bezeichnet am Schlusse seiner Note vom 25. November, durch welche er zur Beschickung der wiener Conferenz einladet, ausdrücklich den Zweck dieser Zusammenkunft dahin: „Wir wünschen die Grundzüge eines Vertrages für das dereinstige Zustandekommen einer deutsch-österreichischen Handels- und Zolleinigung unserer Bundesgenossen noch vor Eröffnung der den Mitgliedern des Zollvereins von dem königl. preußischen Kabinette in Aussicht gestellten Versammlung ihrer Bevollmächtigten vorzulegen, um sie in den Stand zu setzen, die in Berlin zu pflegenden Verhandlungen mit voller Kenntniß unserer Vorschläge beginnen, und sonach letzteren jene Berücksichtigung angedeihen lassen zu können, welche sie nach unserer Ueberzeugung verdienen. Es wäre uns daher sehr willkommen, wenn zu diesem Ende eine Zusammenkunft von Vertretern sämmtlicher Bundesgenossen dahier stattfinden könnte, um unsere Vorlagen entgegen zu nehmen" ꝛc. Der Zweck der österreichischen Regierung ist also völlig erreicht, sobald nur ein Bevollmächtigter Preußens, in welcher Form es auch sei, in Wien erscheint. — Zwei Punkte sind es nun aber, die wir Angesichts dieser Lage der Dinge möglichst früh ins Auge zu fassen haben: einerseits hat man sich hier denn doch auch entschließen müssen, den Termin zum Beginne der Verhandlungen für eine Wiedererneuerung der Zollvereinsverträge möglichst zu beschleunigen, um so eine feste Basis für alle weiteren Unterhandlungen zu gewinnen, und es wird daher, wie wir hören, in einer Note, die in diesen Tagen an sämmtliche Zollvereinsregierungen abgehen wird, die Einladung gerichtet werden, die Bevollmächtigten hierher nach Berlin zum 27. Januar abzusenden. Man scheint also wohl anzunehmen, daß bis zu dieser Zeit die Konferenz in Wien ihr Ende erreicht haben wird. Andrerseits agitirt aber Oesterreich schon jetzt in Frankfurt für eine Wiederberufung der Sachverständigen für die Handelsangelegenheiten, um so der Bundesversammlung das Material für die Entscheidung dieser Fragen vorzubereiten.

„Man erzählte heute in unterrichteten Kreisen, daß es innerhalb des Staatsministeriums angeregt worden sei, noch vor die diesmaligen Kammern Seitens der Regierung mit einer Denkschrift zu treten, in welcher man klar und bestimmt alle diejenigen Punkte bezeichnet, in welchen man eine Revision der Verfassung für nothwendig erachtet. Die im Schoße der ersten Kammer eingebrachten Anträge bieten dafür bereits ein reichhaltiges Material dar, es scheint hiernach nun aber, als ob die Regierung selber die Initiative ergreifen wolle. Die angedeutete Absicht soll speziell von Herrn von Manteuffel gehegt werden, der sie auch innerhalb des Staatsministeriums angeregt haben soll, eine definitive Beschlußfassung hierüber hat jedoch, wie wir hören, noch nicht stattgefunden.

Die auf der letzten im Monat Oktober und November hier versammelt gewesenen Postkonferenz gefaßten Beschlüsse haben nunmehr die Ratifikation aller betreffenden Regierungen erhalten, und es steht deren Publikation in der Form einer besondern Additionalakte zum Postvereinsvertrage nunmehr nahe bevor.

Der frühere Ministerpräsident Rudolph von Auerswald, der sich mehrere Monate in Paris aufgehalten hat, ist in diesen Tagen von dort hierher zurückgekehrt. Er hat die Entwickelung der dortigen Dinge mit ruhigem Blicke beobachtet, und nach dem, was wir über seine Aeußerungen vernehmen, dabei die feste Ueberzeugung gewonnen, daß trotz des momentanen Glückens des Staatsstreiches, an ein Consolidiren der Verhältnisse über das Frühjahr hinaus kaum zu denken sei.

Eine der hauptsächlichsten Bestimmungen in dem neuen Handelsvertrage mit Holland bezieht sich bekanntlich auf eine Egalisirung der Spurweiten der holländischen mit den preußischen Eisenbahnen. Es findet die Ausführung dieser Bestimmung eine besondere Schwierigkeit bei der arnheimer Eisenbahn, deren Eigenthum sich fast ganz in den Händen englischer Kapitalisten befindet, wo also die holländische Regierung eine unmittelbare Einwirkung nicht hat. Es ist hier jedoch holländischer Seits trotzdem die bestimmte Verpflichtung eingegangen, auch bei dieser Bahn, eventualiter selbst zwangsweise die Verengerung der Spurweite binnen Jahresfrist zu bewirken.

Berlin, 27. Dezbr. [Zur Tages-Chronik.] Die Denkmünze, welche Se. Majestät der König zum Gedächtniß der 1849 in Baden und am Rhein durch Se. kgl. Hoheit den Prinzen von Preußen besiegten Revolution hat prägen lassen, um Se. kgl. Hoheit am 15. Oktbr. damit zu überraschen, stellt auf der einen Seite das Bild des Prinzen dar mit der Umschrift: „Wilhelm, Prinz von Preußen, Oberbefehlshaber der Armee im Jahre 1849," und auf der andern Seite den Erzengel St. Michael, wie er den gefesselten Drachen in den Abgrund wirft.

Se. Majestät der König werden dem Vernehmen nach am 1. Januar k. J. Ihre Residenz von Charlottenburg nach Potsdam verlegen, daselbst bis zum 17. Januar ver-

bleiben und vom 18. Januar ab (Krönungs- und Ordensfest) im hiesigen k. Schlosse bis gegen Anfang März Ihre Wohnung nehmen.

Wie wir hören, ist gestern die Genehmigung der belgischen Regierung zu den hier zwischen den Ministerien des Auswärtigen, der Finanzen und des Handels einerseits und dem belgischen Gesandten, Herrn v. Nothomb, andererseits vereinbarten Modifikationen des am 1. Januar k. J. ablaufenden Handelsvertrages bei der belgischen Gesandtschaft eingegangen.

Der Baron v. Budberg, welcher seit der Abberufung des Baron v. Meyendorff die Geschäfte der russischen Gesandtschaft am diesseitigen Hofe leitete, ist jetzt zum kaiserlich russischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister ernannt worden. Die Ernennung des Baron v. Budberg ist ein Beweis besonderen Vertrauens Sr. Majestät des Kaisers von Rußland, indem es sonst am Hofe zu St. Petersburg Brauch ist, nur älteren Diplomaten die Vertretung an den fremden großen Höfen anzuvertrauen.

Der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Sardiniens am hiesigen Hofe, Marquis de Ricci, ist von seiner Regierung abberufeu worden, weil die sardinische Kammer das Gehalt eines außerordentlichen Gesandten am hiesigen Hofe vom Etat gestrichen hat. In Folge davon dürfte auch der diesseitige außerordentliche Gesandte am Hofe zu Turin, Graf Redern, von dort zurückberufen und durch einen Geschäftsträger ersetzt werden.

In der Nacht zum 26. Dezbr. starb hierselbst nach mehrwöchentlichen Leiden im Alter von 72 Jahren der Baron Konstantin d'Ohsson, welcher vom Jahre 1835 bis zum Jahre 1850 als Gesandter Sr. Majestät des Königs von Schweden und Norwegen am hiesigen Hofe beglaubigt gewesen war und der nach seinem Ausscheiden aus dem öffentlichen Dienste den Abend seines Lebens in den Kreisen hatte beschließen wollen, in denen er so vielfache Freunde und allgemeine Anerkennung gefunden und in denen sein Tod eine schmerzliche Lücke zurückläßt.

Der königliche Kammerherr, vormalige Gesandte am k. k. österr. Hofe, Graf von Bernstorff, ist von Stintenburg in Lauenburg hier angekommen.

Der kaiserlich russische Staatsrath und erste Gesandtschafts-Sekretär in Konstantinopel v. Balabin ist von Warschau, der königl. großbrit. Oberst und Kabinets-Courier Townley von St. Petersburg und der Gesandtschafts-Attaché Magnus von Washington hier angekommen.

Der königl. dänische Kammerherr v. Moltke-Hoitfeld ist von Dresden kommend nach Kopenhagen hier durchgereist.

In dem Ressortkonflikt zwischen den Ministerien des Innern und des Handels, betreffend das Konzessionswesen, hat sich, wie wir hören, das Staatsministerium dahin ausgesprochen, daß von beiden Ministerien Kommissarien ernannt werden, die zu vereinbaren haben, welche Konzessionen von diesem oder von jenem Ministerium bearbeitet werden müssen. Das Ergebniß dieser Konferenz wird der Genehmigung Sr. Majestät des Königs bedürfen. Wie es scheint, werden die Konzessionen für Buch- und Kunsthändler, für Antiquare, Schauspiel-Unternehmer, Schankwirthe und Pfandleiher wieder dem Ressort des Ministeriums des Innern überwiesen werden.

Die früher vielfach streitig gewesene Frage, ob solche Buchhändler, die sich bei Erlaß des gegenwärtigen Preßgesetzes, ohne ihren Gewerbebetrieb vorher angemeldet zu haben, in Ausübung desselben befanden, ist dem Vernehmen nach jetzt von den Ministerien des Innern und für Handel und Gewerbe dahin entschieden, daß die innerhalb einer Frist von 3 Monaten nach Publikation des Preßgesetzes unterlassene Anmeldung die betreffenden Gewerbetreibenden denjenigen gleichstelle, welche ihren Gewerbebetrieb neu beginnen. Dieselben haben daher auch für die ihnen früher etwa bereits ertheilte Konzession eine Erneuerung nachzusuchen. (N. Pr. Z.)

Die Aufstelluug eines Bundespreßgesetzes, so weit sie in der Aufgabe der Fachkommission liegt, möchte sich immerhin noch einige Zeit verzögern. Geh. Rath Scheerer, ein mit dem Gegenstande sehr vertrauter Beamter unseres Ministeriums des Innern, begiebt sich bekanntlich nach Frankfurt. Die Hauptschwierigkeit des Zustandekommens eines Entwurfs liegt schon jetzt augenscheinlich darin, daß trotzdem die preuß. Preßgesetzgebung zur Basis genommen, von Oesterreich eine Amendirung in seinem Sinne beliebt wird. Noch mehr wird dies später hervortreten, wenn der Entwurf aus der Fachkommission in den politischen Ausschuß zur Berathung übergehen wird.

Der Bau des Staatsdruckereigebäudes wird im Februar beendigt sein. Das Institut, welches durchaus in keine Konkurrenz mit Privatanstalten treten soll, wird zunächst mit der Umfertigung unserer Kassenscheine beginnen. Die Direktion desselben übernimmt der ganz neuerdings zum geh. Regierungs-Rath ernannte Herr Wedding. — Die Anfertigung der auf Staatskosten herzustellenden gewöhnlichen und laufenden Drucksachen soll der geheimen Oberhofbuchdruckerei von Decker zunächst noch überlassen bleiben. (C. B.)

Köln, 24. Dez. [Ein Schreiben aus Rom.] Die „Deutsche Volkshalle" bringt aus Paris folgende telegraphische Depesche: So eben erhält Herr Graf Montalembert ein Schreiben aus Rom, in welchem Se. Heiligkeit der Papst den Entschluß des Herrn Grafen, an der Konsultativ-Kommission des Präsidenten Louis Napoleon theilzunehmen, vollkommen billigt. Das Schreiben trägt das Datum: „Rom, 14. Dezember 1851"; es ist im Auftrage Sr. Heiligkeit geschrieben, und die Hauptstelle lautet wörtlich: „Le Saint-Père m'a autorisé à vous dire; qu'il approuvait entièrement votre adhésion à la commission consultative."

Deutschland.

Frankfurt a. M., 23. Dezember. [Bundestägliches.] In der letzten Sitzung des engern Raths am 20. Dezbr. wurde über ein vom Militärausschuß vorgelegtes Bundesmilitärstrafgesetz verhandelt. Mit Ausnahme von wenigen Bestimmungen wurde das Ganze wieder an die Militärkommission zur Abänderung zurückgewiesen. — Man wundert sich, daß immer noch nicht das letzte entscheidende Wort von Seiten des Bundestages über das Schicksal der deutschen Flotte ausgesprochen ist. Das mag darin seinen Grund haben, daß Hannover die Erhaltung derselben wünscht, und sowohl Preußen als Oesterreich bemüht sind, Hannover in seinen Neigungen nicht zu verletzen. (D. A. Z.)

Die innerhalb der Bundesversammlung herrschende Zwietracht findet mehr und mehr den Weg in die Oeffentlichkeit und selbst die „Preußische Zeitung" macht keinen Hehl aus dem Uebergewicht, das Oesterreich jetzt erlangt hat. Ein Correspondenzartikel aus Frankfurt in diesem Blatte äußert sich abermals über die deutsche Flotte, das Bild, welches er von dem Zustande der Kasse der Bundesflotte entwirft, die Art und Weise, wie sich mehrere deutsche Regierungen ihren Verpflichtungen zur Einzahlung ihrer Rückstände zu entziehen suchen, wird immer greller, je mehr Einzelheiten darüber bekannt werden. Dieselben haben indessen weniger Interesse für das große Publikum. Von allgemeiner Bedeutung aber ist die Deduktion der „Preuß. Z.", daß Oesterreich, gleich wie in dem Ausschuß für die Veröffentlichung der Bundestags-Verhandlungen, auch in dem Flotten-Ausschuß die Majorität leitet. Die „Preuß. Z." sagt hierüber: „Der Ausschuß, welcher die Marine-Angelegenheiten leitet, besteht aus Preußen, Würtemberg, Hannover, Darmstadt, welche bei Anschaffung der Flotte mitgewirkt, und aus Oesterreich, Baiern und Sachsen, welche bisher nichts für die Flotte bezahlt haben. Nimmt man nun als wahrscheinlich an, daß die würtembergische Abstimmung unter den obwaltenden Umständen jederzeit von der des österreichischen Gesandten bedingt sein wird, so ergiebt sich der eigenthümliche Umstand, daß gerade diejenigen Staaten, deren erste Matrikularbeiträge noch heute in der Flottenkasse vermißt werden, nämlich Oesterreich, Baiern und Sachsen, über Administration und Leitung der Flotte durch Majorität entscheiden können." Noch charakteristischer für die unglückliche Stellung, in welche Preußen gerathen ist, ist die folgende Aeußerung der „Preußischen Zeitung": „Das, was wir über den augenblicklichen Zustand der Kasse der Bundesflotte hören, ist allerdings traurig, aber noch trauriger ist das Prognostikon, welches wir dem Bunde und seinen Einrichtungen stellen müssen, wenn derselbe nicht mehr die Kraft oder den Willen hat, rückständige Matrikularbeiträge zu erheben, sobald Oesterreich sich unter den Säumigen befindet, und zur Verdeckung derartiger Zustände Argumentationen in Anwendung bringt, wie diejenige, welche in dem Protokoll vom 30. Juli der Gegenerklärung des Präsidiums auf dem Protest Preußens zu Grunde liegt." Diese Gegenerklärung lautet in dem Protokoll: „§ 99. Die zur Erhaltung der deutschen Flotte beantragte Matrikularumlage von 532,000 Gulden betreffend. Präsidium: Die in der Sitzung vom 8. d. beschlossene Matrikularumlage präjudizirt der Entscheidung über die Flottenfrage in keiner Weise. Wenn dieser Betrag auch auf die Erfordernisse der Marine verwendet werden soll, so ist er doch eigentlich zur Herstellung der Ordnung im Haushalt des Bundes bestimmt." Am Schlusse der Correspondenz in der „Pr. Z." heißt es: „Preußen hat größere Opfer als irgend ein anderer Bundesstaat für die Schöpfung einer deutschen Flotte gebracht; wenn aber dies Unternehmen durch die beharrliche Weigerung Oesterreichs, Baierns, Sachsens und Hessens, demselben ihre bundesmäßige Mitwirkung zu gewähren, hat scheitern müssen, und grade die Thätigkeit dieser Staaten, ohne Widerstand in der Bundesversammlung zu finden, darauf gerichtet ist, über die Rechte so gut, wie über die Wünsche Preußens zur Tagesordnung zu gehen, so dürfen wir das Vertrauen hegen, daß die Festigkeit der preuß. Regierung die natürliche Schwerkraft des preußischen Gewichtes in der Wagschale deutscher Politik in ihrer vollen Geltung zu wahren wissen werde."

Den „H. N." schreibt man aus Frankfurt: Man vernimmt mit Bestimmtheit, daß Preußen, welches früher aus Besorgniß vor Verwickelungen im eigenen Lande Bedenken trug, die Sache des hannoverschen Adels zu der seinigen zu machen, nunmehr seinen hiesigen Vertreter dahin instruirt hat, in dieser Angelegenheit so zu stimmen, wie seine persönliche Ueberzeugung ihm eingebe.

** **Kassel**, 26. Dezbr. [Zustände.] Die bevorstehende Auflösung des Bürger-Ausschusses ist wieder einen Schritt weiter gediehen. Die Regierung hat nunmehr dem Stadtrathe aufgegeben, sich nach § 100 der Gemeinde-Ordnung darüber und das zwar binnen 24 Stunden zu äußern. Der Stadtrath hielt eine außerordentliche Sitzung, lediglich zu diesem Zwecke, in welcher man dem Vernehmen nach zu dem Beschluß gekommen ist, der Regierung zu erwiedern, daß in dem seitherigen Benehmen des Ausschusses man durchaus keine Pflichtwidrigkeiten wahrgenommen, welche die Auflösung desselben rechtfertigen könnten. Was die Wahl des Bezirksraths anlange, so sei bei derselben der Ausschuß durchaus nicht als solcher thätig gewesen, sondern nur die einzelnen Mitglieder desselben, welche wiederum nur nach ihrer individuellen Ueberzeugung, nach ihrem besten Wissen und Gewissen gehandelt hätten. Ein Ausschuß-Beschluß liege durchaus nirgends vor, welcher eine solche Maßregel als die der Auflösung herbeiführen könne. Wir erwarten aber dennoch, nach diesem Vorgange die Auflösung und was noch mehr sagen will, man spricht sogar davon, daß auch dem Stadt-Rathe dies Schicksal zu Theil werden würde, obgleich nirgends in unserer Gesetzgebung auch nur eine Andeutung einer Bestimmung vorhanden ist, aus welcher sich ein solches Verfahren interpretiren ließe. Allein darauf kommt es jetzt nicht an. Man kann Alles. — Wegen des Empfangs des Ober-Bürgermeisters Hartwig, bei seiner Rückkehr von Spangenberg, ist gegen den Stadtrath eine Disziplinar-Untersuchung eingeleitet worden.

Hannover, 24. Dezbr. [Aufnahme der Deputationen] Der N. Br. Z. und andern ähnlichen Blättern zufolge soll die Aufnahme, welche die am 20. d. M. hier zur großen Cour anwesenden Deputationen der sieben Provinziallandschaften beim Könige gefunden hätten, eine glänzende gewesen sein. Schon der Umstand, daß der König diese Deputationen in besonderer Audienz empfangen, wird als „eine vollgültige königl. Anerkennung" dieser bekanntlich in Frage stehenden Korporationen betrachtet. Auch hätte die Anrede des Königs keinen Zweifel an dem „festen Willen gelassen, mit dem er die Rechte dieser „Grundfaktoren seines Reichs" zu ehren und zu schützen beabsichtige."

Kiel, 25. Dezbr. [Verhaftung.] Der Ober-Landwege-Inspektor des Herzogthums Holstein, F. Lesser, früher Ingenieurhauptmann, jedoch schon vor dem Jahre 1848 im Wegebaufache verwandt, besuchte in diesen Tagen mit seiner Frau seinen Schwiegervater, den Gutsbesitzer Dr. Weber auf Rosenkranz, um das Weihnachtsfest dort zuzubringen. Am gestrigen Tage erschien urplötzlich auf dem Gute ein starkes dänisches Militärdetaschement, umstellte das herrschaftliche Wohnhaus, hob den darin sich aufhaltenden Ober-Landwege-Inspektor auf, und führte denselben als Gefangenen vorläufig nach Noer ab. Den Grund der Inhaftirung sucht man in den früheren militärischen Verhältnissen des Betreffenden, ist übrigens allgemein davon überzeugt, daß Fürst Schwarzenberg den unter seinen Auspicien fungirenden Beamten zu schützen wissen und dieses auffallende Verfahren der Dänen nicht ungeahndet lassen, vielmehr auf eine eclatante Satisfaktion dringen werde. (H. C.)

Oesterreich.

× **Wien**, 27. Dezbr. [Heirathspläne des Prinzen Napoleon. — Dr. Kuchenbäcker. — Palmerstons Sturz.] Man erwartet hier die Ankunft des Hrn. v. Persigny, der über Berlin nach der Kaiserstadt kommen soll, um sich später nach St. Petersburg zu begeben, wo er die Intentionen des Präsidenten der französischen Republik, bezüglich seiner innern und auswärtigen Politik ins Reine bringen und sich der Unterstützung der nordischen Mächte versichern will. Zugleich wird er um die

Hand der reichen Prinzessin Wasa für den Prinzen Napoleon werben, indem, wie man hört, einer andern Verbindung mit legitimen Fürstenhäusern noch immer ernste Bedenken im Wege stehen sollen. Die Prinzessin Wasa ist ungefähr in demselben Alter als der Präsident und nicht eben schön zu nennen, allein ihr gutes Herz und ihr großes Vermögen machen sie für den Prinzen zu einer wünschenswerthen Partie. Man zweifelt hier nicht mehr an der Einwilligung der Prinzessin Amalie und würde in diesem Falle wahrscheinlich ihr erlauchter Bruder seine Generalsstelle in der österreichischen Armee niederlegen und mit einem hohen Posten am franz. Hofe vertauschen. — Das Judenthum scheint gegenwärtig mit höchst ungünstigen Augen betrachtet zu werden, denn eine Reihe ausnahmsweiser Maßregeln hat es just auf die Bekenner des Mosaismus abgesehen; nicht nur sind die zahlreich Ausgewiesenen von der Börse, dem Handelsstande und aus der Schriftstellerwelt hauptsächlich der jüdischen Gemeinde angehörig, auch das einzige Organ des Judenthums, die von dem jüdischen Gelehrten Dr. Letteris redigirten „Wiener Blätter" ist von dem Militärgouvernement nunmehr verboten worden. Aus diesen Erscheinungen, so wie aus mancherlei Kundgebungen in den Kronländern wollen viele Menschen die bevorstehende Zurücknahme der Judenemanzipation weissagen, eine Eventualität, die allerdings von einer großen und zum Theil auch mächtigen Partei mit Eifer herbeigewünscht wird, die wir jedoch nichtsdestoweniger für so nahe halten, wenn auch gerne zugestanden wird, daß eine theilweise Beschränkung in einzelnen Bezügen eintreten dürfte, indeß an eine gänzliche Beseitigung der durch die jüngste Zeitbewegung herbeigeführten Reformen in Betreff der Stellung des Judenthums im Staate kaum denkbar erscheint. — Ein Stadtgerücht will von der gefänglichen Einziehung des in Vorarlberg ergriffenen wiener Flüchtlings Kuchenbäcker wissen, der bekanntlich im Vormärz als Ober-Lieutenant in der k. k. Armee diente und als Professor an der k. k. Ingenieur-Akademie angestellt gewesen. Beim Oktoberaufstande betheiligt, wurde Kuchenbäcker, der nebenbei gesagt, der Sohn eines Wundarztes in Mödling ist, flüchtig, und begab sich in die Schweiz, wo er zu Genf an einer Militärschule als Lehrer angestellt ward. Er hat seither einen Cours de la strategie herausgegeben und lebt in angenehmen Verhältnissen, so daß gar keine Veranlassung zu halsbrecherischen Unternehmungen vorliegt, weshalb das ganze Gerücht ohne alle Begründung zu sein scheint. Möglicherweise waltet hier eine Verwechslung mit dem ungarischen Emissär Böhringer ob, der in Rendsburg verhaftet wurde und über Prag hier eingetroffen sein soll, wenigstens sah man vor etlichen Tagen einen wohlverschlossenen, von zwölf Grenadieren umringten Wagen, auf dessen Kutschenbock ein Unteroffizier saß, der seinen Weg zum Stabs-Stockhaus nahm. — Der Rücktritt des Lord Palmerston war eine hier seit längerer Zeit erwartete Eventualität, die alle Freunde des Bestehenden mit lautem Jubel erfüllt und wurde, wie man hört, im Rücken dieses Staatsmannes zwischen dem englischen und dem österreichischen Hof abgekartet, wodurch der Sieg der konservativen Partei vollendet ist. Wenn übrigens die Reaktion sich sogar auf einen Umsturz der parlamentarischen Regierung in England gefaßt macht, so überschießt sie jedenfalls ihr Ziel, doch dürfte die Reformfrage durch Palmerstons Sturz allerdings als beseitigt gelten.

* **Wien,** 27. Dezbr. [Tagesbericht.] Es ist zwar noch nicht bekannt, ob die kürzlich in Wien gepflogenen bischöflichen Berathungen auch wirklich zum erwünschten Ziele führen, doch so viel erfährt man, daß nächstens ein neues Gesetz über die Patronatsverhältnisse zu erwarten stehe. Der Religionsfonds wird zwar unter der Verwaltung des Staates bleiben, die Bischöfe werden aber ohne „Verlangen und Bitten" bei der Regierung die nothwendigen Ausgaben bezeichnen können. Auch darüber soll man sich geeinigt haben, daß die Kapläne in Prag einen jährlichen Gehalt von 400 Fl., am Lande von 300 Fl. erhalten sollen, so wie es für bestimmt behauptet wird, daß in Bezug auf das Kirchenvermögen erwirkt wurde, daß alle neu hinzukommende Stiftungen in einen Fonds fließen, der einzig und allein in den Händen und unter der Verwaltung der Kirche bleibt. — Mit den weiteren Unterhandlungen über die kirchlichen Angelegenheiten mit der Regierung wurde der Bischof von Seckau-Gratz betraut.

Ein kaiserliches Patent, wirksam für den ganzen Umfang des Reiches, bestimmt und setzt den Umfang der Militärgerichtsbarkeit fest. Die Strafgerichtsbarkeit der Militärgerichte ist eine ordentliche und außerordentliche. Der ordentlichen Strafgerichtsbarkeit unterstehen alle zum Dienststande des Heeres oder der Kriegsmarine gehörigen Personen; der außerordentlichen diejenigen Personen, welche sich solcher strafbarer Handlungen wider die Kriegsmacht des Staates schuldig machen, die nach dem Strafgesetze oder nach besonderen Vorschriften der militärgerichtlichen Untersuchung und Aburtheilung vorbehalten werden. — Der Militärgerichtsbarkeit in bürgerlichen Rechtssachen unterstehen in der Regel die Personen, welche der ordentlichen Gerichtsbarkeit der Militärgerichte in Strafsachen zugewiesen sind.

Für die am 2. Januar zu eröffnende Zollkonferenz sind bereits folgende Bevollmächtigte ernannt: Baden: Ministerialrath Dr. Hock; Baiern: Ministerialrath Hermann; Braunschweig: Finanzdirektor v. Amberg; Darmstadt: Ministerialrath v. Biegeleben; Frankfurt: Senator Cöster; Hannover: Hr. v. Bar; Großherzogthum Hessen: der hessische Gesandte in Wien Hr. v. Drachenfels; Lippe: Regierungspräs. v. Lauer; Nassau: Präsident v. Vollpracht; Oldenburg: Hr. v. Philippsborn; Sachsen: Ober-Postdirektor Schimpff; Würtemberg: Forstdirektor Sigel.

Die Stimmung in Croatien ist nicht die beste. Die Noth in Stadt und Land trägt viel dazu bei, die Leute zu Kopfhängern zu machen. Manche neue Institution wird schwer goutirt und fehlt es nicht an Leuten, welche die Mißgunst nähren. In Sissek kam es z. B. neulich zu beklagenswerthen Auftritten, wo man sich sogar zu einer Demonstration in einer Gesellschaft hinreißen ließ, wegen der eine Untersuchung eingeleitet wurde, und deren Zusammenhang nicht wohl für die Oeffentlichkeit paßt, da sie eine geachtete Persönlichkeit betraf. In Essek tauchen magyarische Tendenzen auf, die sich schon bei der Zusammenstellung des Gemeinderaths kundgaben. In Karlsstadt gelang es dem Obergespan, Hrn. v. Bunjevac aus Agram, auf die Wahlen in einem günstigeren Sinne zu wirken, als sie sonst wohl ausgefallen wäre.

Nach dem durch die k. k. Postdirektion ausgegebenen Preisverzeichnisse der ausländischen Zeitungen wird von den k. k. Postämtern auf 1308 verschiedene Tagesblätter Pränumeration angenommen. Davon sind der Sprache nach 785 deutsch, 248 französisch, 119 englisch, 60 italienisch, 28 russisch, 27 holländisch, 20 polnisch, 10 griechisch, 9 schwedisch, 6 dänisch, 2 türkisch, 2 wendisch, 1 litthauisch und 1 serbisch.

Das Gerücht, daß Fürst v. Carignan mit einer Erzherzogin des Hauses Habsburg ein Ehebündniß schließen würde, taucht wieder auf, und erhält mit Hindeutung auf eine diesfällige Erklärung der „Mailänder Ztg." neue Anhaltpunkte.

Mr. Michaud, beim auswärtigen Ministerium in Paris attachirt, ist gestern hier angekommen.

Italien.

Rom, 16. Dezbr. [Zustände.] Dem Vernehmen nach ist die Regierung gesonnen, gegen die politischen Gefangenen hinfort weniger Strenge walten zu lassen. Bereits haben Einige Päffe für das Ausland erhalten, und Anderen sollen namhafte Erleichterungen in ihrer Gefangenschaft zu Theil geworden sein. Desto eifriger werden die Prozesse gegen Diejenigen betrieben, welche sich in der Zeit der Republik mit Kriminalverbrechen befleckt haben. Ueber eine Anzahl von nicht weniger als vierzig, die an der Beraubung von Kirchen in jener Zeit Theil genommen, ist gestern das Endurtheil gefällt worden, das bei nicht Wenigen auf Tod lauten soll. Außerdem sieht man der Hinrichtung eines französischen Trompeters entgegen, welcher einen Schankwirth, in dessen Hause er sich versteckt hatte, auf wahrhaft schaudererregende Weise ermordete, um sich seiner kleinen Baarschaft zu bemächtigen. — Dennoch ist die Spannung der Gemüther trotz aller äußeren Ruhe noch immer sehr groß, und Gerüchte über eine beabsichtigte Schilderhebung der Republikaner, zu deren Unterstützung Garibaldi irgendwo landen werde, werden wohl geflissentlich von gewisser Seite verbreitet, um Regierung und Volk in steter Unruhe zu erhalten. — Für das Resultat der Abstimmung in der französischen Armee ist charakteristisch, daß von den 22 Militär-Aerzten 21 gegen den Präsidenten ihr Votum abgaben, ebenso der größere Theil der Artillerie und des Genie-Corps.

[Zustände in Piemont.] Wir wollen gern glauben, daß das turiner Kabinet es mit seiner Erklärung, die Verfassung zu halten, aufrichtig meint. Die Frage ist nur: wird man es ihm erlauben? Piemont ist dermalen noch der einzige Staat Italiens mit konstitutioneller Regierung, mit Volksvertretung, mit Steuerbewilligungsrecht, mit freier Presse. Unzertrennlich damit muß sich auch ein gewisses italienisches Nationalgefühl und die nothwendige Opposition gegen den wiederhergestellten Absolutismus in den anderen Ländern und deren Abhängigkeit von fremden Einflüssen erhalten, und unmöglich wird zu verhüten sein, daß alle Freunde des Vaterlandes und der Freiheit dorthin ihre letzten Hoffnungen richten. Auch sind die Antecedentien des Hauses Savoyen nicht von der Art, daß sie allzugroße Selbstverleugnung erwarten lassen, zumal hier, wo alle Umstände zusammenwirken, um der geheimen Neigung das Ansehen eines unwiderstehlichen Zwanges zu geben. Ohne daher der Meinung Ihres turiner Korrespondenten zu nahe zu treten, sei es doch immer erlaubt, sich auf entgegengesetzte Eventualitäten gefaßt zu machen. Daß Rußland gerade jetzt den seit 1848 unterbrochenen diplomatischen Verkehr mit Piemont wieder aufnimmt, ist bezeichnend; desgleichen läßt die Aussöhnung mit Neapel auf annähernde Schritte schließen. Man wird die Sache nicht über das Knie brechen, aber ebensowenig die in den Zeitverhältnissen zu begründenden Modifikationen unterlassen. — Aus ganz zuverlässiger Quelle darf ich melden, daß der sardinische Gesandte in Wien mit Instruktionen versehen worden ist, welche keine geringen Gefälligkeiten für die österreichische Regierung enthalten. Dahin gehört zunächst die Ausweisung mehrerer vornehmen Flüchtlinge aus der Lombardei und die Unterdrückung verschiedener Oesterreich feindlichen Journale, sowie die strengste Beaufsichtigung des mit ihnen und anderen aufreizenden Schriften getriebenen Schmuggels. Als zweiter Akt soll die Auflösung der Nationalgarde bevorstehen. Man spricht auch von einem eigenhändigen Schreiben des Königs an Radetzky, worin noch ganz andere Dinge stehen: indeß kann ich davon, in Ermangelung jedes positiven Beweises, nur sagen: relata refero. Gewiß ist dies, daß man in Wien den Zeitpunkt für günstig hält, Italien vollkommen wieder in den vormärzlichen Zustand zurück zu versetzen und sich der so lange Jahrhunderte angestrebten, aber immer mißglückten Hegemonie auf fester Basis zu versichern. Wenn es gelingt, Frankreich fern zu halten und mit sich selbst zu beschäftigen, so lassen sich die vortheilhaften Chancen nicht verkennen. England freilich giebt noch einigen Anlaß zu ernsten Bedenken, und zuletzt wacht über den Geschicken der Nationen doch eine höhere Macht und Vorsehung, als die Staatskunst der Diplomaten und der Minister. Wollte man jetzt vor Allem den Glauben an sie verlieren, so müßte man an einer Zukunft Europa's verzweifeln. (Köln. Z.)

Frankreich.

⌶ **Paris,** 25. Dez. [Tagesbericht.] Von 81 Departements ist das Resultat der Abstimmung bekannt, 6,011,000 Ja und 709,000 Nein. Doch ist in einer Anzahl Gemeinden des Herault das Votum über das Plebiscit durch die kommandirenden Generale vertagt worden.

Der Präsident zeigte sich gestern zum erstenmale nach seinem glücklich vollbrachten Coup im Theater und wurde mit stürmischem Applaus begrüßt. Indeß mischt sich bereits ein Wermuthstropfen in den Freudetrank der haute finance, welche durch die Finanzprojekte des Prinz-Präsidenten, namentlich durch die beabsichtigte Rentenkonversion, beunruhigt wird. Diese Projekte werden auch vermuthlich Herrn Fould aus dem Kabinet treiben und sein Portefeuille Herrn Ducos in die Hände legen.

Es scheint fast als sollte die Börse ihre enragirte Unterstützung des Prinzen sehr schnell büßen. Aus Furcht vor der rothen Republik, in deren Gefolge sie die Schreckensherrschaft und willkürliche Eingriffe in das Eigenthum kommen sah, warf sie sich vor dem Eidbruch in die Knie; und der Eidbruch hat die furchtbarste, weil demoralisirende Schreckensherrschaft über Frankreich ausgedehnt und stellt die abenteuerlichsten Finanzexperimente in Aussicht.

Auch bestätigt sich des Prinzen Absicht, von Belgien die Erstattung der im Jahre 1832 aufgewendeten französischen Kriegskosten zu fordern.

Schweiz.

*† **Aus der Schweiz,** 24. Dez. [Vermischtes.] Der große Rath von Neuenburg hat vor einigen Tagen sich im Allgemeinen für Einführung der Civilehe erklärt. In der Sitzung vom 22. hat er den vorgelegten Gesetzentwurf votirt. Von 48 Stimmen haben sich nur drei gegen das Institut ausgesprochen. — Zur Einrichtung des schweizerischen Telegraphennetzes hat die neuenburger Regierung 6000 Fr. gezeichnet; dieser reiche Kanton gehört somit zu den wenigst betheiligten. Freilich hat selbst das noch reichere Bern noch weniger, nur 2000 Fr., gezeichnet, und auch dies nicht die Regierung, sondern das Kaufhaus Marquard. St. Gallen und Appenzell, auch Basel, haben je 50—55,000 Fr. zugesichert, die Urkantone sind sämmtlich ohne erhebliche Betheiligung geblieben; Uri, Schwyz und Baselland fehlen ganz. Das Anlagekapital beträgt nach der Berechnung der Ingenieure 400,000 Fr., davon fehlen aber

noch 125,000. — Da die Bundesversammlung im April wieder eröffnet werden soll, so hat der große Rath von Neuchatel zu Deputirten für den Ständerath die Herren: Gonzalve Petitpierre und Jeanrenaud Besson wiedergewählt. — Der in der Revolution von 1848 sehr hervorgetretene Hr. Droz hat das Amt, das er bisher im Staatsdienst bekleidete — er war Präfekt des Val de Ruz — niedergelegt. An seine Stelle tritt zu Neujahr ein Hr. Matthey. — Einer unserer flüchtigen Landsleute, der frühere leipziger Privatdozent Dr. Marschall v. Biberstein, gibt von Neujahr ab in Zürich eine „Handels- und Gewerbe-Zeitung" heraus.

Spanien.

Madrid, 20. Dezbr. [Geburt einer präsumtiven Thronerbin. — Narvaez wieder an der Spitze der Geschäfte.] Die außerordentliche Gelegenheit benützend, freue ich mich, Ihnen mittheilen zu können, daß Ihre Majestät die Königin Isabella soeben von einer Infantin glücklich entbunden worden ist. Die Madrilenos sind in einem Freudenrausche, die permanente Deputation der Granden, die Deputation von Asturien, der hohe Klerus u. s. w. wurden gestern schon in den Palast beschieden. Die Alebarderos können die jubelnden Volkshaufen kaum von den innern Zugängen zum Palast zurückhalten. Eben kommt der Feldmarschall Herzog von Velencia aus dem Palast. Dichte Massen loyaler Spanier beobachten das Palais der Königin-Mutter, Marie Christine; der furchtbare Verdacht, der beim Tode des ersten Kindes der Königin gegen die ehemalige Regentin des Reichs auftauchte, besteht noch zu voller Kraft. Ich höre soeben, daß der König-Gemahl Don Franz, interimistisch die Regierung übernommen hat. N. S. Ich öffne diesen Brief noch ein Mal, der Marschall Narvaez, Herzog von Valencia, soll von dem König-Regenten den Auftrag erhalten haben, ein neues Kabinet zu bilden; das bisherige soll einfach verabschiedet worden sein.

Asien.

* **Bombay,** 3. Dezbr. Die Momuns scheinen neue Kämpfe vorzubereiten und rechnen auf Dost Mohameds Hilfe. Die Muzeeres belästigen wieder die Grenze und haben die Salinen von Bahadar angegriffen. Truppen aus Multan sind gegen die Grenze marschfertig. Neuerdings sind mehrere Kriegsschiffe zur Genugthuungsforderung nach Rangun im birmanischen Reich abgesegelt.

[Nachrichten aus China.] Die Rebellenarmee ist vor Peking erschienen; der Kaiser ist geflohen und soll abgedankt haben. Der Insurgentenhäuptling hat den Thron bestiegen. Diese Nachrichten bedürfen jedoch noch der Bestätigung.

Provinzial-Zeitung.

(Notizen aus der Provinz.) * Glogau. Die Einnahmen bei unserer städtischen Verwaltung hatten in den letzten Jahren mannigfache Ausfälle erlitten. So z. B. durch den Ausfall der Laudemien, der Zuschreibegebühren, des Schutz- und Jurisdiktions-Geldes, des Speisegeldes, der Pachtgefälle für die Jagden auf den Rustikal-Ländereien u. s. w. Andererseits waren die Ausgaben gestiegen. So z. B. verausgabte die Armen-Verwaltung das Dreifache gegen früher (im Jahre 1845 2000, jetzt 6000 Thlr.), ferner mehrten sich die Ausgaben für größere Bauten, und endlich traten hierzu die Zinsen für 50,000 Thlr., welche Anleihe im Jahre 1848 kontrahirt werden mußte. Alles dies machte es nothwendig, die unter dem Namen „Servis" bestehende Kommunal-Einkommensteuer zu erhöhen, und die früher auf bloßer Liberalität beruhenden Befreiungen von dieser Steuer wegfallen zu lassen. Hierbei war man bemüht gewesen, die Hausbesitzer, welche unverhältnißmäßig hoch besteuert waren, möglichst gleichmäßig zu veranschlagen. Die Steuererhöhung erfolgt nun in der Art, daß die unterste Steuerstufe $5\frac{1}{3}$ Sgr. und alle übrigen Steuerstufen $\frac{1}{3}$ pCnt. des Einkommens der steuerpflichtigen Gemeindeglieder beträgt. Dieser Steuersatz wird so viel mal erhoben, als das Bedürfniß des Stadthaushaltes dies erfordert und zwar wird dies im Jahre 1852 $4\frac{1}{2}$ mal geschehen. Die Gesammt-Steuer-Summe, welche erhoben werden soll, beträgt 13,146 Thlr. 15 Sgr. — Am 20. d. M. verunglückte beim Schlittschuhlaufen der 13jährige Sohn eines Gärtners im Dorfe Klautsch, und wurde nur mit großer Mühe gerettet.

† Guhrau. Seit dem 12. d. Mts. vermißt man einen Inwohner aus Sandeborske, der, um Einkäufe zu machen, nach Rawicz gegangen sein soll. — Am 15. d. Mts. fanden zwei Frauen einen Mann todt in seiner Wohnung liegen, der eine Art Einsiedler-Leben führte und in einer Erdhöhle, die mit einem Moosdache überwölbt war, wohnte. Er soll sich diese Wohnung gewählt haben, weil Niemand wegen seiner Unverträglichkeit mit ihm zusammen wohnen wollte. Er war auch dem Branntwein-Genuß sehr ergeben. — An Stelle des Personal-Servis wird hier künftiges Jahr eine klassifizirte Einkommensteuer treten. Dazu kommt noch der Real-Servis von Häusern, Grundstücken rc.

= Steinau. Am 23. d. Mts. hatte der Elisabet-Verein den armen Kindern ein schönes Fest bereitet; 40 arme, zum Theil verwaiste Kinder wurden beschenkt. Die Knaben erhielten tuchene Beinkleider und Schuhe, oder Jacken und Schuhe; die Mädchen Flanellkleider und Schuhe. Außerdem erhielten die Kleinen noch Weihnachts-Semmel, Pfefferkuchen, Nüsse, Aepfel und Lichte. Das Gernlein'sche Ehepaar hatte sich hierbei große Verdienste durch die uneigennützigsten Bemühungen erworben, so wie das Buchdrucker Beyer'sche Ehepaar, welches außerdem noch jedem Kinde ein Schreibebuch, einige Bogen Papier, einen Bleistift, 5 Schieferstifte und 4 Stahlfedern schenkte. Nachdem die Kinder beschenkt, wurden noch an 125 arme Familien, und zwar an jede zwei Pfund Fleisch verabreicht. Das war eine würdige Einleitung zur Feier des Weihnachts-Festes. — Ihre Majestät die Königin hatte mit großer Milde dem Vereine bedeutende Unterstützungen zukommen lassen.

Liegnitz. In dem Jurisdiktionsbezirke des königlichen Kreisgerichts zu Löwenberg und der demselben zugehörigen Gerichtskommissionen zu Friedeberg a. Q., Greiffenberg, Lähn und Liebenthal sind vom 1. d. Mts. ab folgende Aenderungen eingetreten: Die zweite Gerichtskommission zu Liebenthal ist ganz aufgehoben und es sind überwiesen worden, dem Kreisgerichte in Löwenberg: von der Gerichtskommission zu Lähn die Dörfer Süssenbach und Wiesenthal, von der Gerichtskommission zu Liebenthal die Dörfer Ullersdorf mit Hayn-Vorwerk und Neundorf, der Gerichtskommission zu Friedeberg a. Q. von der Gerichtskommission zu Liebenthal die Dörfer Giehren und Foerstel, der Gerichtskommission zu Greiffenberg von der Gerichtskommission zu Liebenthal die Dörfer Hayn, Querbach und Rabishau, der Gerichtskommission zu Lähn von der Gerichtskommission zu Liebenthal die Dörfer Johnsdorf und Spiller, der bestehen gebliebenen Gerichtskommission zu Liebenthal von der Gerichtskommission zu Greiffenberg das Dorf Ottendorf. Hiernach gehören nunmehr zu dem Bezirke der Gerichtskommission zu Liebenthal die Stadt Liebenthal und die Dorfschaften Antonienwald, Blumendorf und Gotthardsberg, Birngruetz, Geppersdorf, Hennersdorf, Krummoelse, Kunzendorf und Langwasser.

Der bisherige Hülfslehrer Ludwig als Schullehrer zu Nieder-Görisseiffen, Nieder- und Ober-Moys und Nieder-Stamnitzdorf im Kreise Löwenberg; der bisherige Hülfslehrer zu Hermsdorf (städtisch), Appelt, als dritter Lehrer an der evangelischen Schule zu Bolkenhain; und der bisherige Lehrer zu Wenigtreben, Bunzel, als Schullehrer, Kantor und Organist zu Alt-Jäschwitz, bunzlauer Kreises bestätigt. Der bisherige Katechet in Meffersdorf, Burghart, zum Pastor in Schawoine, Kreis Trebnitz, berufen. Die Vokation für den bisherigen Predigtamts-Candidaten Mielisch zum Pastor in Pilgramsdorf, Kreis Lüben, bestätigt worden.

[3630] Fremdenliste von Zettlitz Hôtel.

Gutsbes. v. Devens aus Koberwitz. Gutsbes. Drenger aus der Uckermarck. Oberst von Gansauge aus Gleiwitz. Lieut. Schafhausen aus Heidänichen. Lieut. Jung aus Glogau. Kaufl. Lippmann und Schrems aus London. Kaufm. Löser aus Berlin.

Markt-Preise.

Breslau am 29. Dezember

	feinste,	feine,	mit.,	ordin. Waare.	
Weißer Weizen	70	68	62	55	Sgr.
Gelber ditto	67	65	62	56	„
Roggen . . .	62	60	57	53	„
Gerste . . .	46	45	42	41	„
Hafer . . .	$31\frac{1}{2}$	$30\frac{1}{2}$	29	28	„
Erbsen . . .	60	57	55	53	„
Rothe Kleesaat	—	15	$12\frac{2}{3}$	$10\frac{1}{2}$	„
Weiße Kleesaat	—	12	$10\frac{1}{2}$	8—9	Rtlr.
Spiritus	$11\frac{5}{12}$ Rtlr. bez. u. Gl.				

Die von der Handelskammer eingesetzte Marktkommission.

Börsenberichte.

Berlin, 27. Dez. Die Börse sehr fest und die Course der meisten Effekten eher höher, das Geschäft aber trotz der nahen Liquidation nicht sehr belebt. Neue Anleihe $100\frac{3}{4}$ bez. u. Br. Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden $3\frac{1}{2}$% $110\frac{1}{4}$, $\frac{1}{8}$, $\frac{1}{4}$ bez. u. Gl., Prior. $4\frac{1}{2}$% $103\frac{1}{4}$ Br., 5% $103\frac{1}{2}$ Gl. Krak.-Oberschl. 84 bez. u. Gl., 4% — — Fr.-Wilh.-Nordb. 4% 33, $32\frac{3}{4}$, 33 bez. Prior. 5% $98\frac{1}{2}$ Gl. Niederschl.-Märk. $3\frac{1}{2}$% $91\frac{1}{2}$ à $\frac{1}{4}$ bez. u. Br., Prior. 4% 98 bez., Prior. $4\frac{1}{2}$% 101 Br., 5% Serie III. Prior. $100\frac{1}{4}$ Br., Prior. Serie IV. 5% 103 Gl. Niederschl.-Märk. Zweigb. 4% 31 Gl. Oberschl. Litt. A. $3\frac{1}{2}$% $138\frac{1}{4}$ bez. u. Gl., Litt. B. $3\frac{1}{2}$% $125\frac{3}{4}$ à $\frac{1}{4}$ bez. Rheinische 69 bez. Stargard-Pos. $86\frac{1}{4}$ Br. Geld- u. Fonds-Course. Freiw. St.-Anleihe 5% 101 à $102\frac{3}{4}$ bez. St.-Anleihe 1850 $4\frac{1}{2}$% $101\frac{1}{2}$ bez. u. Gl. St.-Schuld.-Sch. $88\frac{3}{4}$ bez. Seehandl.-Präm.-Sch. 120 bez. Pos. Pfdbr. 4% $103\frac{1}{4}$ Gl. $3\frac{1}{2}$% $94\frac{1}{2}$ à $\frac{5}{8}$ bez. Preuß. Bank-Antheil-Sch. $99\frac{3}{4}$ à 100 bez. Poln. Pfdbr. alte — — neue 4% $94\frac{3}{4}$ à $\frac{5}{8}$ bez. Poln. Part.-Obligat. à 500 Fl. 4% 84 bez., à 300 Fl. 144 Br.

Wien, 27. Dez. Fonds wurden für Privatrechnung zu höheren Coursen lebhaft gekauft, namentlich 5% Metalliques, lombardische Anlehen, Bank- und Donaudampfschiffaktien. Nordbahnaktien bis $155\frac{3}{4}$ gemacht, konnten sich bei schwierigerer Prolongation nicht behaupten und schlossen matter. Valuten anfangs 1 bis 2% unter der letzten Notirung stellten sich in Folge gehäufter Bedürfnisse wieder zur Notiz.

5% Metall. $95\frac{1}{4}$. $4\frac{1}{2}$% $84\frac{3}{4}$; Nordb. $154\frac{3}{4}$; Hamburg 2 Monat $179\frac{1}{2}$; London 3 Monat 12. — Silber $21\frac{1}{4}$.

Redakteur und Verleger: H. Barth in Breslau. Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.